

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badener Tagblatt. 1896-1948 1948

21 (16.3.1948)

BADENENER TAGBLATT

Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

NR. 21

A. S. I. B. Z.

DIENSTAG, 16. MAERZ 1948

B. B. O. W. L. E.

PREIS 20 PFENNIG

Fünfer-Pakt vor der Unterzeichnung

Der Vertrag wird militärische Klauseln enthalten

PARIS — Die Brüsseler Fünfmächte-Konferenz hat ihre Arbeiten beendet. Sie hat das Projekt eines Vertrages ausgearbeitet, der voraussichtlich Mitte der Woche unterzeichnet wird.

Obwohl der Text des Vertrages noch nicht bekannt ist, glaubt der Kosmos-Pressedienst, daß über das Wesen des Vertrages folgendes gesagt werden kann: 1. Der Pakt wird gegenseitige militärische Unterstützung im Falle eines Angriffs vorsehen. Die Signatarmächte verpflichten sich, insbesondere ihre Verteidigungsmaßnahmen in Einklang zu bringen. Besondere Klauseln sollen eine Standardisierung der Waffen der beteiligten Mächte vorsehen. Man betont, daß es sich bei diesem Verteidigungs- und Sicherheitspakt um eine Art regionaler Entente handelt, wie sie in den Artikeln 52 und 53 der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist. 2. Die überseeischen Besitzungen Großbritanniens, Frankreichs, Belgiens und Hollands sollen in die westeuropäische Union einbezogen werden. 3. Es ist vorgesehen, für die Ausführung des Vertrages eine permanente konsultative Kommission zu bilden, die ihren Sitz voraussichtlich in London haben wird. 4. Alle eventuell auftauchenden Meinungsverschiedenheiten sollen durch einen Appell an den Internationalen Gerichtshof in Den Haag geregelt werden. 5. Der Pakt soll eine Vertragsdauer von 50 Jahren erhalten. Eine wichtige Frage, die in diesem Zusammenhang aufgeworfen wird, ist die, wie sich die Vereinigten Staaten dem Fünfmächtepakt gegenüber verhalten werden.

Sechzehnerkonferenz beginnt

PARIS — Die soeben beginnende Konferenz der Sechzehn soll sich vor allem mit der Frage der Errichtung eines ständigen Ausschusses, der mit der Durchführung des Marshallplanes in Europa beauftragt ist, und mit der Ausarbeitung des Projekts für den allgemein gültigen multilateralen Vertrag, wie er im Bericht der Sechzehn vorgesehen ist, beschäftigen. Die britische Regierung plant die Schaffung eines erweiterten Rates, in dem die 16 Nationen vertreten sein werden. London soll jedoch nicht damit einverstanden sein, daß die in diesem Organismus vertretenen Nationen teilweise auf ihre nationale Souveränität verzichten müssen.

LONDON — Bevin ist am Sonntagabend von London nach Paris abgereist, wo er an der Sechzehnerkonferenz teilnehmen wird. Auf die Frage, was er

von den Erfolgsaussichten der Konferenz halte, erklärte Bevin: „Ich bin grundsätzlich Optimist. Wenn alles gut geht, werden wir am Mittwoch den Fünferpakt unterzeichnen.“

FRANKFURT — Nach Erklärungen aus Kreisen des Zweimächte-Kontrollrates in Frankfurt werden die deutschen Sachverständigen erst zu der Konferenz herangezogen werden, wenn die einzelnen Fachausschüsse ihre Sitzungen beginnen. Zu diesem Zeitpunkt wird sich auch erst endgültig herausstellen, welche Sachverständigen und zu welchem Problem sie gehört werden. Bisher haben die

Europahilfe im USA-Senat angenommen

Taft's Kürzungsantrag wurde abgelehnt

WASHINGTON — Kurz vor Beginn der zweiten Konferenz hat der amerikanische Senat eine bedeutsame Entscheidung gefällt. Der Kürzungsantrag des republikanischen Senators Taft, der eine Verminderung des Betrages für die Europa-Hilfe von 5,3 Milliarden Dollar auf vier Milliarden Dollar vorsah, wurde mit 56 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Taft hatte seinen Antrag in einer langen Rede begründet, in der er auf die negativen Seiten des Hilfsprojektes einging.

Nun obliegt es dem Repräsentantenhaus, sich

Militärbehörden noch nicht offiziell deutsche Verwaltungsstellen oder einzelne Persönlichkeiten ersucht, für die Pariser Konferenz eine Sachverständigenkommission zusammenzustellen. Endgültige Beschlüsse über diese Fragen werden auf einer Frankfurter Konferenz unter dem Vorsitz der Generale Clay und Robertson erwartet.

BADEN-BADEN — Die französische Besatzungszone wird an der Sechzehnerkonferenz teilnehmen und in den Ausschüssen vertreten sein, die die Durchführungsmaßnahmen des Marshallplanes für die am E.R.P. beteiligten Länder festlegen. Der Oberbefehlshaber der französischen Besatzungszone hat seine Delegierten bereits bestimmt. Diesen werden deutsche Sachverständige, die von den Regierungen der verschiedenen Länder als Vertreter der deutschen Interessen vorgeschlagen werden, zur Seite stehen.

auszusprechen. Wenn auch Voraussagen nicht möglich sind, so kann doch vermutet werden, daß die im Senat erzielte Mehrheit gewisse Rückwirkungen haben wird, und daß die amerikanischen Parlamentarier sich der Notwendigkeit bewußt sind, so schnell wie möglich zu handeln. In diesem Zusammenhang verdient die Beobachtung Interesse, daß der Senat die von Senator Vandenberg erteilten Ratschläge sehr genau beachtet und sämtliche Änderungsverschlüsse zurückgewiesen hat, denen sich Vandenberg widersetzt hatte.

Klement Gottwalds „demokratische Tat“

Oberst Tulpanow über den tschechischen Staatsstreich — Ein Brief Masaryks

BERLIN — Nicht Bizonien, sondern ein einheitliches demokratisches Deutschland sei das Vaterland des Arbeiters, erklärte Oberst Tulpanow, Chef der politischen Abteilung der SMA in einer Feierstunde anlässlich des 100. Jahrestages des kommunistischen Manifestes. Die Sowjets seien davon überzeugt, daß die Zeit komme, in der die Geburtstage von Marx und Engels nationale Feiertage des ganzen deutschen Volkes würden. Zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei sagte Oberst Tulpanow, Ministerpräsident Gottwald habe eine große demokratische Tat vollbracht, indem er die anglo-amerikanischen Agenten in der Tschechoslowakei geschlagen habe.

PRAG — In seiner Trauerrede am Sarge Jan Masaryks erklärte Gottwald: „Ich kann bezeugen, daß Jan Masaryk bei der Bildung der neuen Regierung spontan und ohne jedes Zögern dem Kabinett seine Mitarbeit zugesagt hat. Masaryk war mit dem Aktionsprogramm der neuen Regierung voll und unabweisend einverstanden.“

GENÈ — Eine von der Genfer Tageszeitung mit Ausnahme der „Arbeiterstimme“ herausgegebene Sondernummer bringt einen Artikel des außenpolitischen Redakteurs der „Tribune de Genève“, Paul Dubochet, in dem dieser nach einem Hinweis auf die „flagrante Widersprüche in dem amtlichen Kommuniqué über den Tod Masaryks“ schreibt: „Das Rätsel löst sich in dem einfachen Abschiedsgruß, der hinter dem heute schwarz verhangenen Fenster des Palais Czernin an den Verfasserdieser Zeilen geschrieben wurde.“

Jan Masaryk schrieb in seinem Brief unter Anspielung auf die kommunistischen Machenschaften und den sowjetischen Druck: „Solange ich der Regierung angehören werde, können Sie sicher sein, daß ich mich auf gewisse Garantien stützen kann, die ich für unerlässlich halte, um meinem Lande ein Minimum an Freiheit zu gewährleisten. Sobald Sie aber lesen werden, daß ich mein Amt aus gesundheitlichen oder sachlichen Gründen verlassen habe, so dürfen Sie annehmen, daß dieses Minimum nicht mehr existiert.“

Politische Säuberung beschleunigt

FREIBURG — In einem Schriftwechsel zwischen dem Landtagsabgeordneten Geller (SP), Gouverneur Pène und Staatspräsident Wohleb gab der Abg. Geller bekannt, daß die SP es für wünschenswert erachte, die für die Internierten in Süd-Württemberg bestehenden Verhältnisse auch auf die Internierten-Lager in Südbaden in Anwendung zu bringen. Er wies darauf hin, daß sich in Süd-Württemberg nur ein einziges, unter deutscher Verwaltung stehendes Internierten-Lager befindet, dessen 798 Insassen laufend von besonderen Lager-Spruchkammern überprüft würden, während sich in den drei südbadischen, von französischer Seite verwalteten Lagern noch etwa 3000 Internierte aufhielten, für die keine Lager-Spruchkammern vorhanden wären.

Gouverneur Pène hat darauf geantwortet, daß die französische Militärregierung ebenfalls eine Beschleunigung der Säuberung wünsche. Die Übergabe weiterer von den französischen Dienststellen geprüfter Akten, hänge von der beschleunigten Arbeit der Spruchkammern ab. Von 500 Fällen von Minderbelasteten, die den Spruchkammern seit Oktober

Stalins Trumpfkarte?

LONDON — „The People“ meldet, „daß Rußland nach Nachrichten, die das Foreign Office aus Oslo erhalten hat, wahrscheinlich unmittelbar nach dem Vertrag mit Finnland einen Druck auf Norwegen zum Abschluß eines Militärbündnisses ausüben wird.“ Wie das Blatt hinzufügt, „würde eine solche Initiative die Trumpfkarte Stalins in seinem Plan zur Desorganisation Westeuropas sein und die Kontrolle der Seehäfen am Atlantik zum Ziel haben.“

ANKARA — Der vor kurzem zurückgetretene tschechoslowakische Gesandte in der türkischen Hauptstadt, Kolowrat Krakowski, erklärte vor der Presse: „Nach der Tschechoslowakei und Finnland ist nicht Italien, sondern die Türkei das nächste Ziel der Sowjetunion.“ Er fügte hinzu, daß die bevorstehende Ankunft eines neuen sowjetischen Botschafters in der Türkei kein anderes Ziel verfolgt, als das Terrain vorzubereiten.

Trizonen-Wirtschaftsverhandlungen

BADEN-BADEN — Heute beginnen in Bad Königstein im Taunus Verhandlungen der zuständigen Stellen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für das amerikanische und britische Besatzungsgebiet und der französischen Zone einschließlich des französischen Sektors von Berlin über neue Handelsvereinbarungen zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten.

Ohnmachtsanfall Röchlings

RASTATT — Der Hauptangeklagte Hermann Röchling wurde in der Freitagssitzung, als er in der Verhandlungspause den Saal verlassen wollte, plötzlich ohnmächtig und kam zu Fall. Er zog sich hierbei eine leichte Stirnwunde zu. Ein Arzt bemühte sich sofort um ihn, und Hermann Röchling konnte nach Verlauf von etwa einer halben Stunde wieder an der Verhandlung teilnehmen.

Regierung nimmt Haushaltsplan an

FREIBURG — In einer Sitzung am 24. Februar beschloß die Landesregierung, wie die badische Staatskanzlei jetzt mitteilt den ihr vorgelegten Entwurf eines Haushaltsgesetzes für 1948, soweit er dem Sachbereich des Ministeriums der Justiz, der Finanzen und eines Teiles des Haushaltes des Ministeriums des Innern betrifft, anzunehmen. Ferner gab das Kabinett seine Zustimmung zu den Teilen des Gesetzesentwurfes, die dem Haushaltsplan der Volksvertretung, der Landesregierung, des Staatskommissariats für politische Säuberung und der Rechnungskammer betreffen. Weitere Beratungen über den Etat wurden vertagt. In der Besprechung des Betriebsrätigesetzes war sich die Regierung darüber einig, diesen Gesetzesentwurf möglichst schnell im Kabinett zu verabschieden. Die Regierung will jedoch in Anbetracht der Bedeutung des Gesetzes eine eingehende Beratung nicht beeinträchtigen.

Josefs-Feiertag — abgeblasen!

FREIBURG — Die Bad. Staatskanzlei teilt mit, daß das am 26. Febr. angenommene Landesgesetz über den Schutz der Sonntag- u. Feiertage, nach dem der Josefs-Feiertag als staatl. Feiertag anerkannt ist, zur Zeit der Militärregierung vorliegt, und deshalb im badischen Gesetz- und Verordnungsblatt noch nicht verkündet wurde. Gemäß Artikel 93 der Verfassung des Landes Baden ist dieses Gesetz daher noch nicht in Kraft getreten. Aus diesem Grunde kann der Josefs-Feiertag am kommenden 19. März noch nicht als staatlicher Feiertag begangen werden. Dies schließt nicht aus, daß die staatlichen und gemeindlichen Behörden und Dienststellen den katholischen Beamten und Angestellten auf Wunsch Gelegenheit geben, zu Beginn der Dienststunden den Gottesdienst zu besuchen.

Politik unter Druck und Drohungen

Eine scharfe Kontroverse in der Alliierten Kommandantur

BERLIN — Auf der letzten Sitzung der Kommandantur beschuldigten sich der amerikanische und englische Vertreter einerseits und der sowjetische Vertreter andererseits, in ihren Sektoren Einschüchterungsmaßnahmen gegen die politischen und Gewerkschaftsorganisationen anzuwenden. Der sowjetische Vertreter, Oberst Jelisarow, legte der Kommandantur ein Protestschreiben der SED gegen die von der amerikanischen Polizei bei den SED-Dienststellen im amerikanischen Sektor durchgeführten Hausdurchsuchungen vor.

Der amerikanische Kommandant, Oberst Howley, warf der sowjetischen Militäradministration eine Begünstigung der SED vor. Er zitierte Fälle, in denen die sowjetische Militäradministration gegen Mitglieder der anderen Parteien mit Druck und Drohung vorgegangen sei. Ein Parteisekretär, der einen für die SED ungünstigen Bericht gemacht habe, sei mit seiner Familie aus seiner Wohnung vertrieben worden. Schließlich hätten die Delegierten der liberaldemokratischen Partei im sowjetischen Sektor Befehl erhalten, nicht an dem im britischen Sektor tagenden Kongreß der Partei teilzunehmen. Sie wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß ihre Anwesenheit auf dem Kongreß von der sowjetischen Kommandantur als Verrat angesehen werden würde.

sehen und gegen sie mit Strafen vorgegangen würde.

Oberst Howley protestierte gegen die Ausgabe eines im sowjetischen Sektor veröffentlichten Flugblattes mit dem Titel „Die Gangster am Werk“. Er drückte sein Erstaunen darüber aus, daß die Russen die Veröffentlichung von derartigen schmutzigen Anwürfen gegen einen Alliierten gestattet hätten.

Der britische Delegierte, General Hynde, griff seinerseits die sowjetische Militäradministration wegen der Gewerkschaftswahlen an. Er führte einen Fall an, bei dem ein Sekretär der Lehrergewerkschaft und Mitglied der gewerkschaftlichen Opposition einem 5tündigen Verhör mit Einschüchterungsversuchen und Drohungen von Seiten der Sowjetbeamten unterzogen wurde. Er protestierte gegen die Einziehung des Organs der Gewerkschaftlichen Opposition „Die Freiheit“. Da der sowjetische Vertreter sein Veto einlegte, konnte die britische Delegation ihren Vorschlag nicht durchbringen, von den freien Gewerkschaften in Berlin eine Änderung des Wahlmodus zu verlangen, den sie für antidemokratisch hält.

BERLIN — Die amerikanische Militärpolizei hat in den Kreisleitungen der SED in Berlin-Tempelhof und Berlin-Neukölln Hausdurchsuchungen vorgenommen. Sämtliche Angestellten mußten die Lokale räumen. In Gegenwart jeweils eines Angestellten wurden die Akten und Dokumente geprüft. Allein in Tempelhof hat die amerikanische Polizei 600 Akten fotografiert. In Neukölln wurden zahlreiche Dokumente beschlagnahmt. Die amerikanische Polizei suchte nach einem Flugblatt „Gangster am Werk“. Da ein Exemplar dieses Flugblattes in der Kreisleitung von Neukölln gefunden wurde, haben die amerikanischen Beamten der Kreisleiterin mit Verhaftung gedroht. Die Kreisleiterin konnte aber nachweisen, daß das beanstandete Flugblatt in Neukölln nicht vertrieben wurde. Nach drei Stunden Untersuchung wurden die Parteihäuser der SED wieder freigegeben.

Wirtschaftsplanung in der Ostzone

BERLIN — Die deutsche Wirtschaftskommission in der sowjetischen Besatzungszone ist ein Planungs- und Weisungsinstrument, das für die Durchführung aller Aufgaben der Rohstoffbeschaffung, Produktion und Verteilung zu sorgen hat, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Kommission, Bruno Leuschner, in einem DPD-Interview.

Leuschner lehnte alle Vergleiche der Wirtschaftskommission mit einer Regierung oder mit regierungähnlichen Institutionen ab. Er betonte die große Bedeutung der Neuordnung für die Koordinierung der Länderwirtschaften in der Ostzone und für die Überwindung des Länderegoismus. Es sei jedoch abwegig, die Gründe für das künftig zu erwartende einwandfreie Zusammenarbeiten der Ostzonenwirtschaft nur auf formale organisatorische Gründe zu suchen. Wichtiger noch sei die ideologische Einstellung aller in der Wirtschaftskommission zusammenwirkenden Kräfte.

Die Wirtschaftskommission sei ein reines Organ der Ostzone, und es bestehe nicht die Absicht, sie mit der Volkskongreß-Organisation zu koppeln.

In Kreisen der Wirtschaftskommission werde aber eine gesamtdeutsche Lösung der Wirtschaftsprobleme für dringend nötig gehalten. Es müsse zumindest möglich sein, den Handel von den Hemmnissen der Zonengrenzen freizumachen. Der Gedanke, eine Zone an die andere anzuschließen, werde jedoch in den Kreisen der Wirtschaftskommission abgelehnt.

Fühlungnahme zwischen Schuman und de Gaulle?

PARIS — In einem Artikel, den der frühere Finanzminister und Deputierte Plevin in einem Provinzblatt veröffentlicht, erklärt Plevin, daß drei Gründe für ein Zusammengehen zwischen dem Ministerpräsidenten Robert Schuman und General de Gaulle sprechen: 1. Die Gefahr eines Zusammenbruchs des gegenwärtigen Regierungssystems in Italien, wenn Kommunisten und Sozialisten bei den bevorstehenden Wahlen den Sieg davontragen sollten. 2. Das Interesse Frankreichs, Europas und des Friedens fordere eine möglichst starke Regierung. Deshalb sei ein Einvernehmen zwischen Schuman und de Gaulle nötig. 3. Die Sozialisten und die republikanische Volksbewegung hätten keinen Anlaß, sich gegen de Gaulle zu wenden, da dieser der Retter des Vaterlandes sei.

In Paris ist man sich im Klaren darüber, daß die

bisherige Regierungsmehrheit einer Verbreiterung bedürfe, damit nicht unvermutet eine Regierungskrise ausbreche. Man rechnet damit, daß vielleicht schon in nächster Zeit eine Fühlungnahme zwischen dem Ministerpräsidenten Robert Schuman und General de Gaulle erfolgen könnte. Dabei dürfte die republikanische Volksbewegung (M.R.P.) und die äußerste Rechte, die Partei der republikanischen Freiheit (P.L.R.) eine solche Wendung gutheißen. Unsicher ist die Haltung der Sozialisten. Léon Blum hält noch immer an dem Gedanken der „dritten Kraft“ fest, obwohl sich bei den letzten Abstimmungen in der Nationalversammlung gezeigt hat, daß diese keine tragfähige Mehrheit darstellt und das Kabinett Schuman gestürzt worden wäre, wenn nicht viele von den Unabhängigen für die Regierung gestimmt hätten.

übergeben worden waren, wurden bisher jedoch nur 5 erledigt. Das Gesuch müsse daher dem Staatspräsidenten zugeleitet werden. Staatspräsident Wohleb wurde daraufhin der Vorschlag unterbreitet, zwei der drei Spruchkammern nur mit Entscheidungen über Häftlinge zu beschäftigen und die Zustimmung der Militärregierung zu erlangen, daß die nur formell Belasteten sofort entlassen werden und ihr Säuberungsverfahren später erfolgt. Die Landesregierung hat ihrerseits durch die kürzliche Ernennung weiterer Spruchkammervorsitzender die Möglichkeit geschaffen, die Zahl der von den Kammern behandelten Fälle zu verdoppeln.

Meldungen in Kürze

BERLIN — Eine „nationale Einheitspartei“ aus der LDP, CDU und SED soll im Zusammenhang mit den Revolutionsfeiern am 18. März in der gesamten Sowjetzone gebildet werden, meldet das Organ der Berliner LDP „Montage“.

BERLIN — Die Militärregierungen der Bizone haben der Wiedereinführung von Pensionen für ehemalige Wehrmachtangehörige und deren Hinterbliebene unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Die Länderregierungen wurden ermächtigt entsprechende Pläne auszubereiten.

FREIBURG — Der diesjährige Landesparteitag der CDU Baden findet vom 6. bis 8. Mai in Freiburg statt.

FREIBURG — Der Vorstand des badischen Gewerkschaftsbundes hat einen Vorschlag als Ergänzung zu dem von ihm eingereichten Betriebsrätigesatz-Entwurf den zuständigen Stellen übermittelt, nach dem der Betriebsjugend von 14 bis 18 Jahren das Recht eingeräumt werden soll, einen Vertreter zu wählen, der die Möglichkeit hat, die Interessen der jugendlichen Betriebsangehörigen zu vertreten.

PARIS — Der ehemalige Generalgouverneur von Algerien Joes Chataigneau, wurde zum französischen Botschafter in Moskau ernannt.

LONDON — Ein Kommuniqué des Foreign Office über die Londoner Unterredung zwischen dem britischen Außenminister Bevin und dem türkischen Außenminister Sadak besagt, daß die beiden Außenminister Fragen besprochen haben, die die Interessen beider Länder betreffen.

ROM — Der US-Botschafter in Rom James Dunn, hatte eine längere Unterredung mit dem italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi.

BUDAPEST — Die Verschmelzung der ungarischen sozialdemokratischen mit der kommunistischen Partei wird noch vor dem 1. Juli dieses Jahres erfolgen.

Wer wird Gegenkandidat ?

Kennen Sie die Bedeutung von New Hampshire? New Hampshire ist einer der Vereinigten Staaten an der Ostküste. Er zählt auf 23 000 Quadratkilometern etwa eine halbe Million Einwohner. Die Hauptstadt ist Concord. Der Staat Wisconsin hat drei Millionen Einwohner, die zum Teil von Getreidebau und Viehzucht, zum andern Teil von einer stark entwickelten Industrie: Leder, Eisen, Sägemühlen leben. Die Hauptstadt ist Madison.

In diesen beiden Staaten beginnt dieser Tage die eigentliche Kampagne zur kommenden amerikanischen Präsidentschaftswahl, die das öffentliche Interesse in den USA gegenwärtig weit mehr beherrscht als wir, deren Aufmerksamkeit natürlicherweise vor allem auf den Marshall-Plan gerichtet ist, im allgemeinen annehmen.

Die Situation ist so, daß der Kandidat der Demokratischen Partei in dem amtierenden Präsidenten Harry S. Truman bereits feststeht. Bei den Republikanern ist die Frage, wer als Gegenkandidat aufgestellt werden soll, noch durchaus ungeklärt. Gerade sie aber wollen doch ihren Wahlerfolg vom Herbst 1946, als sie nach etwa 15 Jahren den Demokraten deren Hegemonie in den beiden Häusern des Kongresses gleichzeitig entzogen, durch einen Sieg bei der Präsidentschaftswahl vervollständigen. Das ist durchaus wahrscheinlich, setzt aber doch voraus, daß der Mann, der Truman entgegentritt, über die entsprechenden Qualitäten verfügt.

Wie wird nun der Kandidat nach demokratischen Prinzipien festgestellt? Die Mitglieder der Republikanischen Partei in den einzelnen Staaten wählen zu diesem Zweck bei den sogenannten „presidential primaries“ Delegierte. Diese treffen sich für die „party conventions“ beim Parteitag in Philadelphia, um in ihrer Gesamtheit die Entscheidung darüber zu treffen, wer definitiv als Kandidat der Republikaner für die Präsidentschaftswahl nominiert werden soll. Dabei sind die einzelnen Delegierten für ihre Stimmabgabe meist durch die Wähler, die sie nach Philadelphia entsandten, mehr oder minder stark gebunden. Dieser Umstand ist der Grund dafür, daß schon die Wahlen der Parteimitglieder in den einzelnen Staaten von den Amerikanern mit größter Spannung verfolgt werden. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Ergebnisse in Hampshire und Wisconsin, weil dort die ersten presidential primaries stattfinden, so daß die Resultate in diesen Staaten die ersten Rückschlüsse zulassen und überdies erfahrungsgemäß auch psychologische Wirkungen auf die folgenden Abstimmungen haben. Trotzdem aber bleibt schließlich der endgültige Ausgang unter Umständen bis zuletzt unsicher.

So läßt sich jedenfalls im Augenblick noch nicht sagen, welcher der Kandidaten bei der republikanischen Nominationskampagne die meisten Delegierten für sich gewinnen wird. Soweit sich die Situation im Augenblick schon beurteilen läßt, können dabei der des öfteren genannte Senator Vandenberg, der Gouverneur von Kalifornien Earl Warren und der Sprecher des Abgeordnetenhauses Joseph Martin zunächst wohl nur als Außenseiter gelten. Die Lage kann sich ändern, wenn von den sogenannten „potentiellen“ Kandidaten der eine oder andere sich zurückzieht oder wenn sich Delegiertengruppen nicht auf einen von diesen einigen können und statt gegenseitig nachzugeben, lieber auf einen Außenseiter zurückgreifen.

Als „potentielle“ das heißt im Vordergrund stehende Anwärter werden augenblicklich genannt: der leader der Republikanischen Partei Robert Alphonso Taft, Harold Stassen, der Gouverneur von New York Thomas Dewey und last not least General MacArthur, falls er sich endgültig für die Wahl zur Verfügung stellt.

Es würde zu weit führen, schon in diesem Stadium die Aussichten der Einzelnen etwa nach ihrer Einstellung zu wirtschaftlichen, sozialen aber auch politischen Problemen und damit ihrer Geltung bei verschiedenen Wählerschichten gegeneinander abzuwägen. Die beste Presse und damit die günstigste Chance hat zur Zeit zweifellos MacArthur, der auch als der populärste der „großen Vier“ gelten kann. Die Anerkennung, die der General gerade jetzt anlässlich des Kabinettswechsels in Tokio, ganz allgemein in der japanischen Presse gefunden hat, hat dazu nicht wenig beigetragen. In der Tat bedeutet es nicht wenig, wenn die Zeitungen eines besetzten Landes so spontan und einmütig die Verdienste des Generals der Besatzungsmacht feststellen und diesem ihr volles Vertrauen aussprechen im gleichen Augenblick, da sie ihrer eigenen neuen Regierung Ashida dieses absprechen und dieser nur eine kurze Lebensdauer voraussagen. Die Blätter

sind sich einig in dem Bedauern über die etwaige Rückkehr Mac Arthurs nach den USA, als des Mannes, dessen „stets klare Leitung, der allein die Rettung des Landes aus dem Chaos des Zusammenbruchs zu danken sei, sie nicht entbehren möchten“. Eine solche Würdigung ist zweifellos eine nicht zu unterschätzende Empfehlung, die auch bei den amerikanischen Wählern ihre Wirkung nicht verfehlen dürfte, immer vorausgesetzt, daß sich Mac Arthur zur Kandidatur bereit erklärt.

Schon das Bekanntwerden der Ergebnisse von Hampshire und Wisconsin, das demnächst zu er-

warten ist, dürfte die Möglichkeit geben, weitere Schlüsse und Folgerungen über den schließlichen Ausgang der Präsidentschaftswahl zu ziehen, deren Ergebnis nicht allein für Amerika, sondern für die ganze Welt von größter Bedeutung ist. Denn die Persönlichkeit des Präsidenten der United States of America ist heute und morgen für die Entwicklung der internationalen Politik von ausschlaggebendem Gewicht. Darum ist auch das große Interesse berechtigt, das dieser Wahlgang von seiner ersten Phase an überall in der Welt findet.

-bk-

Sozialistische Tragödie im Osten

WIEN — Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vom kommunistischen Staatsstreich in der Tschechoslowakei in Anspruch genommen ist, spielt sich in den Ländern hinter dem eisernen Vorhang die Tragödie der sozialistischen Parteien ab. Der entscheidende Moment der tschechischen Krise war, als der ehemalige Vorsitzende der tschechischen Sozialdemokraten, Zdenek Fierlinger, sich gegen seine eigene Partei wandte und mit Hilfe der kommunistischen Polizei ihren Widerstand brach. Dies geschah wenige Wochen nach dem Brünner Parteikongreß, auf dem mit großer Mehrheit Lauschmann an Stelle von Fierlinger gewählt worden war.

Gleichzeitig hat sich auch in Budapest eine Umwälzung innerhalb der ungarischen Sozialistischen Partei vollzogen. Bevor noch der Parteikongreß zusammengetreten war, hat der linke Flügel willkürlich einen Teil der Leitung ausgeschlossen. Das ist das Zeichen zum Beginn eines langen Reinigungsprozesses, der alle betreffen wird, die sich dem Zusammenschluß der Kommunisten und der Sozialisten widersetzen. Der stellvertretende Generalsekretär Georg Marosán gab diese „Reinigung“ einem überraschend zusammengerufenen Kongreß bekannt, auf dem er erklärte, daß diese Operation umso notwendiger sei, als „die kommunistische Partei unmöglich mit einer so verkommenen Partei eine Fusion eingehen wird wie mit der unsrigen.“ Er setzte noch hinzu, daß alle Gegner einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten sofort aus der Partei ausgeschlossen würden, gleich ob es sich um einen Minister, einen Staatssekretär oder um einen einfachen Arbeiter handle. Tags darauf meldeten mehrere prominente Mitglieder der Partei, alte, führende Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung, ihren Austritt oder Rücktritt an. Gleichzeitig gab die sozialistische Presse bekannt, daß eine freie Kritik in Hinkunft unzulässig sei. „Wir sind eine Partei, die die freie Diskussion erlaubt, — erklärten die Zeitungen, — doch muß man gegenwärtig nach den strengsten Prinzipien der Parteidisziplin vorgehen.“

In Jugoslawien gehört die Sozialistische Partei der Vergangenheit an. In Bulgarien sahen sich die

Sozialisten in der letzten Januarwoche gezwungen, eine gemeinsame Front mit den anderen Koalitionsparteien zu bilden, und sich der absoluten Herrschaft der Kommunisten zu unterwerfen. Nach den jüngsten Berichten schwinden auch die letzten Zeichen der Unabhängigkeit der rumänischen Sozialisten. Nach der unlängst erfolgten Fusion der Sozialisten und Kommunisten hat die neue Arbeiterpartei ein Zentralkomitee von 41 Mitgliedern gewählt, das seinerseits ein „Politbüro“ mit 13 Mitgliedern delegierte. Der Generalsekretär dieses Büros, das dem sowjetischen Vorbild getreu nachgebildet wurde, ist Georgiu Dej, und die Sekretäre sind Anna Pauker, Vasilie Louka, Teoharu Georgescu und Lothar Radatschianu. Am 28. März finden Neuwahlen statt; das verfassungsgebende rumänische Parlament wird zum ersten Male am 6. April zusammentreten.

Es ist nicht ohne Interesse auf das Verhalten der Sozialisten Polens hinzuweisen, die — wenn sie auch der kommunistischen Linie folgen — doch den Schein der Unabhängigkeit bewahren. Die polnischen Sozialisten betrachten nämlich die fortwährend wachsende Obermacht der sowjetischen Völker mit Eifersucht, und scheinbar können sie dabei auch auf die Unterstützung der tschechischen Sozialisten rechnen. So kam es, daß sie in Moskau allen Einfluß mobilisierten, als es zur Besprechung des Föderationsprojektes kam, das im Januar von bulgarischen Ministerpräsidenten Georg Dimitroff angekündigt wurde. Nach der Desavouierung zu urteilen, die diesem von der „Prawda“ zu Teil wurde, waren diese Interventionen nicht vergebens.

Die Sozialistischen Parteien hinter dem Eisernen Vorhang werden liquidiert. Ihre Besten versuchen sich ins Ausland zu flüchten und den Kampf vom Westen aus fortzusetzen. Ihre Reihen verstärken sich mit den neu Ankommenden, die dem Polizeiterror ihrer Länder enttrinnen konnten. Eine nach Mailand einberufene Konferenz wird zeigen, daß die Sozialistischen Parteien von Mittel- und Osteuropa nur äußerlich liquidiert wurden, aber den Kampf um ihre demokratischen und sozialistischen Ideale aus den Ländern der Freiheit heraus weiterzuführen entschlossen sind.

In Kaliningrad

Kardinal Frings, Erzbischof von Köln, sprach unlängst auf einer Massenkundgebung in Recklinghausen im Ruhrgebiet. Dabei teilte er mit, daß er zuverlässige Berichte erhalten habe, wonach bei der Besetzung Königsbergs durch die Rote Armee noch 100 000 Deutsche dort gewesen seien. Heute seien es nur noch 25 000. In Kaliningrad, wie die Sowjets bekanntlich Königsberg heute nennen, seien, so fuhr der katholische Kirchenfürst fort, Dinge vorgekommen, die man nicht aussprechen könne und die nur mit dem zu vergleichen seien, was sich bei der Zerstörung Jerusalems ereignet habe. Die Weltöffentlichkeit schweige zu diesen Vorgängen, obwohl sie davon wisse.

Erstmalig gibt jetzt die „Basler Nationalzeitung“ Einzelheiten über Königsberg. Der Gewährsmann, ein höherer Beamter aus den baltischen Staaten, berichtet, daß die Stadt nach ihrer Einnahme noch durch schwere Brände verheert wurde, die in einzelnen Straßenzügen mehrere Wochen andauerten. Der Wiederaufbau beschränkte sich auf die Sektoren, die die Russen wieder verwenden wollten: den Hafen, die Holzindustrie einschließlich einer großen Zellulosefabrik, die bereits wieder im Gange sei, Getreidespeicher und Großmühlen, sowie die notwendigen Verwaltungs- und Wohnbauten. Die Stadt, die bekanntlich vor dem Kriege über 300 000 Einwohner hatte, zählte heute wieder knapp 100 000, davon noch etwa 20 000 Deutsche. Kaliningrad solle nach den Plänen der Sowjets in erster Linie als Hafen- und Verarbeitungsstätte für

Unsere nächste Ausgabe erscheint des Josefstages wegen schon am Donnerstag.

die Produkte der Weißrussischen Sowjetrepublik dienen. Der anfängliche Zustrom von Weißrussen sei aber unterbunden worden. Kaliningrad sei daher nicht nur nach seiner politisch-verwaltungsmäßigen Zugehörigkeit, sondern auch nach der Zusammensetzung seiner Bevölkerung jetzt eine überwiegend großrussische Stadt.

Die noch in Königsberg verbliebenen Deutschen seien vorwiegend Spezialisten mit ihren Familien, nämlich Ärzte, Techniker und Arbeiter in Sonderberufen. Sie seien bereits meist denazifiziert. Wer Aktivist der Partei war, sei in der Regel in unbekannter Richtung verschickt worden. Die auf freiem Fuß lebenden Deutschen hätten in den städtischen Betrieben dieselben Arbeits- und Lohnbedingungen wie die Russen. Einige bekannte Ärzte würden leitende Stellungen bekleiden. Eine Minderheit der Deutschen habe um Verleihung des Staatsbürgerrechts der Sowjetunion nachgesucht, um in der Heimat bleiben zu können. Fälle, in denen solche Gesuche bewilligt wurden, seien aber bisher nicht bekannt. Schätzungsweise 70—80 000 Deutsche würden in Ostpreußen noch auf dem Land, und zwar fast ausschließlich auf den Staatsgütern, arbeiten.

Soweit der schweizerische Bericht aus dem heutigen Ostpreußen. Was die Zahlen über die heute dort lebenden Deutschen betrifft, so decken sie sich mit denjenigen, die der Kölner Erzbischof genannt hat. Was mit den fehlenden 75 000 Deutschen geschehen ist, konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Die Quäkerhilfe

Die Badische Staatskanzlei teilt mit:

Die Quäkerhilfe für die französische Zone hat im Lande Baden eine reiche und vielseitige Tätigkeit entwickelt. Mit erheblichen Mitteln hat sie wesentlich zur Linderung der Not beigetragen. Ihr Transportunternehmen griff überall ein, wo es Not tat; waren es Lebensmitteltransporte oder Fahrten zu Kindererholungsheimen. Zum Wiederaufbau der Kliniken stellten die Quäker ihren Fuhrpark durch viele Monate zur Verfügung. Ihre Leistungen für die Bekleidung stifteten ebensoviel Segen, wie die Abgaben von Lebensmitteln an Kinder, Studenten und werdende Mütter. Medikamente und Verbandsmaterial kamen hauptsächlich an die Freiburger Krankenhäuser zur Verteilung. Schließlich sei auch der vorbildlichen Studentenbetreuung gedacht. Das Quäker-Studentenhaus auf der Hochallee gegenüber der Universität gibt mit seiner vielseitigen Einrichtung hierfür ein berechtigtes Zeugnis.

Die Übereicherung des Jahresberichtes für 1947 gab dem Staatspräsidenten erneut Anlaß, den Quäkern im Namen der Badischen Landesregierung für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit zu danken, die nicht allein materielle Hilfe gebracht hat, sondern auch zur Förderung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern von großer Bedeutung ist.

Ein Freundschaftszug der Menschenliebe

52 Eisenbahnwaggons, gefüllt mit Lebensmitteln und Bekleidungsstücken, machten von Bremen aus durch die britische und französische Zone am vergangenen Freitag ihre Fahrt nach Frankfurt. Dieser Freundschaftszug, dessen Inhalt aus Spenden der Bevölkerung vier nordamerikanischer Staaten und Alaskas stammt und der von dem Stellvertreter General Clays, General Hayes, begleitet wird, wurde in Mainz vom Gouverneur von Rhein-Hessen, Henry Guerin, im Namen der französischen Republik begrüßt, der diesen Zug als Symbol für die Vereinigten Staaten und den letzten Rest dieses schrecklichen Kriebels aus der Erinnerung streichen wollten. Dieser amerikanische Zug sei ein Zeichen der Erneuerung und des Friedens in der ganzen Welt, eines Friedens, den alle Menschen guten Willens von Herzen wünschen.

„Was für ein merkwürdiges Volk sind wir Amerikaner!“, so rief das große amerikanische Blatt die „New York Herald Tribune“ aus, als es zum ersten Mal über einen Freundschaftszug, diesen neuen Typ im Eisenbahnwesen, berichtete. Daß es zwei amerikanische Journalisten waren, die die Idee hatten, diesen neuen Typ im Eisenbahnwesen zu schaffen, erfüllte natürlich die Zeitungsleute mit Stolz. Typisch amerikanisch war die impulsive Durchführung des einmal gefaßten Gedankens. Die Zeitungsleute hatten bei einer Eisenbahnfahrt eine verlassene Station verlassen und telefonierten mit dem Präsidenten eines der größten amerikanischen Zeitungskonzerne. Dieser griff die Idee auf und verließ 48 vollgepackte Güterwagen Hollywood und rollten durch die Staaten, an vielen Stationen vermehrt durch neue Güterwagen, die von einzelnen örtlichen Komitees gefüllt worden waren. Die ersten Züge dieser Art gingen nach Frankreich und Italien. Jetzt wird die kostbare Ladung eines für die Westzonen bestimmten Freundschaftszuges an verschiedenen Orten ausgeladen. So wurden in Düsseldorf 10 Waggons abgehängt und in Koblenz und Mainz insgesamt weitere 10 Wagen, die für die französische Besatzungszone bestimmt sind. Diese Amerika-Spenden werden durch die amerikanische Hilfsorganisation der CRALOG, die als Dachorganisation die verschiedenen Wohlfahrtsvereinigungen zusammenschließt, auf die freien Wohlfahrtsverbände in Deutschland verteilt.

Während in tage- und nächtlichen Ausschusssitzungen und in den Plenarversammlungen der beiden Häuser des amerikanischen Kongresses jeder einzelne Dollar von hartgesottenen Finanzexperten daraufhin unter die Lupe genommen wird, ob auch wirklich eine zwingende Notwendigkeit vorliegt, ihn für Auslandshilfe auszugeben, macht sich zur gleichen Zeit ein Heer von Millionen aus allen Schichten des Volkes, vornehmlich aber die unteren Einkommensklassen, die Farmer, Angestellten, Hausfrauen usw. auf, um mit einer großzügigen Geste die Not im zerstörten Europa zu lindern. Der Freundschaftszug ist so ein Sinnbild der Menschenliebe in der Welt geworden.

stik beschworen wird. Leider sind — und das ist für uns Deutsche gefährlich an diesem Buch! — in die Kampfszenen immer wieder ideologische Gespräche eingebledet, die den Krieg, wenn er „um eine gute Sache“ geführt wird, zu rechtfertigen suchen. „Die Proben, die wir bestehen müssen, werden wir bestehen“, heißt es, „denn in uns ist das Wissen von dem, was getan werden muß. Das Grauen rutscht dem, der ein Kommunist ist, vielleicht genau so oft und kalt den Rücken herunter. Er ist ein Mensch wie jeder andere, aber wie er mit seiner Furcht fertig wird, darin zeigt sich, daß er ein Kommunist ist...“

Internationales Jugend-Singtreffen

Zu einem internationalen Jugend-Singtreffen versammeln sich vom 23. bis 26. April in Bern 18 Jugendchöre aus der Schweiz, Norwegen, Frankreich, Luxemburg, Holland, Ungarn, Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei.

Sendestelle Karlsruhe

Am Sonntag weihte Radio Stuttgart in Karlsruhe seine zweite Sendestelle in Nordbaden ein. Leiter des neuen Studios ist Heinrich Wiedemann, der bis Oktober 1947 Spielleiter, Programmbehandler und Sprecher der literarischen und Hörspielabteilung des „Südwestfunks“ war. Als Mitarbeiter stehen ihm zur Seite: Dr. Ludwig Klein für den „Zeitfunk“, Kapellmeister Walter Born von den Badischen Staatstheatern für die Musikprogramme sowie Helmut Neumaier als Sprecher.

Mit der Karlsruher Sendestelle werden etwa 12 vH der Sendungen von Radio Stuttgart aus Baden kommen. Die Sendestellen Heidelberg und Karlsruhe haben ihre Programme aufeinander abgestimmt, sodaß Überschneidungen nicht zu be-

fürchten sind; die aktuellen Sendungen werden gemeinsam gestaltet.

Anlässlich des 30. Todestags von Frank Wedekind wurde in Nürnberg eine Wedekind-Statue der Bildhauerin Marianne Bockmann errichtet.

Die Firma Franz Xaver Wattenberg in Burg bei Magdeburg, die 12 000 Arbeiter beschäftigt, hat im vergangenen Jahr für südamerikanische Länder Holz geschnitzte Altäre im Wert von 4 Millionen Mark hergestellt.

Walter Gieseck gab in Paris eine Reihe von Konzerten.

Der argentinische Staatspräsident Peron abonnierte in einem persönlichen Schreiben die deutsche Zeitschrift „Polarforschung“ in Holzminen.

Infolge der Herabsetzung der Regierungszuschüsse sollen die Verbände zur Verbreitung englischer Kultur in der Schweiz, Irland, Französisch-Nordafrika, Bolivien, Ecuador und Paraguay geschlossen werden.

Wie im Vorjahr finden die „Berliner Musikstage 1948“ in der Woche vor Pfingsten, zwischen dem 2. und 15. Mai statt.

Der amerikanische Kriegsminister kündigte an, daß 200 wertvolle Gemälde, die in der amerikanischen Zone in Kellern gefunden und 1945 nach den USA transportiert worden waren, demnächst in die amerikanische Zone zurückgeschickt werden sollen.

Eine Van-Gogh-Ausstellung, die in verschiedenen englischen Städten gezeigt wird, erreichte stellen in den ersten zwei Wochen der Glasgower Ausstellung 70 000 Besucher.

In einem „überrealistischen“ Tollhaus der Bürokratie spielt der neue Defa-Film „Die seltsamen Abenteuer des Herrn Fridolin“, der in Berlin-Friedrichshagen uraufgeführt wurde.

Erich Carow, der bekannte Berliner Volkskomiker, baut jetzt seine Lechbühne wieder auf.

Trotz kirchlicher Proteste in Würzburg gegen den Film „Sag die Wahrheit“ läuft er weiter vor ausverkauften Häusern.

Die Göttinger Universität wandte sich gegen die neuerdings erfolgte Beschneidung der Arbeitsblätter der Professoren durch das Wohnungsamt.

KULTURSPIEGEL

„Faust“ und die Währungsreform

Die bei der letzten Hauswedell-Buchauktion in Hamburg beobachteten Erscheinungen eines wahren Kaufrausches im Schatten der Währungsreform gaben jetzt auch der Auktion bei Gerd Rosen in Berlin ihr Gepräge. Goethes Faust mit Lithos und Radierungen von Slevogt erreichte 13 000 Mk., die für wenige hundert Mark in den Antiquariats bis her erbälllichen „Inseln Wak Wak“, ebenfalls mit Lithos von Slevogt, wurden für 9 800 Mk. ersteigert. „Der gefesselte Columbus“ mit Lithos von Kokoschka erzielte 5 100, und der „Götz“ mit Corinths Radierungen 4 200 Mk. Die Werke Stefan Georges stiegen auf 3 300 Mk.

Auf der Graphik-Auktion des Stuttgarter Kunst-Kabinetts erzielte das „Hundertguldenblatt“ 25 000 Mark und eine andere Radierung von Rembrandt „Der Kartenspieler“ 1 600 Mark. „Die Wandlungen Gottes“, sieben Holzschnitte von Barlach, wurden für 2 900 Mark versteigert. Vierzehn signierte Zeichnungen von Lovis Corinth „Bei den Corinthern“ brachten 3 700 Mark und Max Slevogts Zeichnungen zum „Faust II“ 11 000 Mark.

Menschen im Widerstand

Bernhard von Brentano, schon vor 1933 bekannt durch sein Buch „Der Beginn der Barbarei in Deutschland“, ging bei Ausbruch des „Dritten Reiches“ in die Schweiz. Sein Roman „Prozess ohne Richter“ ist erstmals 1937 in Amsterdam erschienen und wurde nun von Limes-Verlag (Wiesbaden) neu herausgegeben. Ohne unmittelbar Bezug auf Deutschland zu nehmen (der jedoch klar ersichtlich

ist), schildert er das Schicksal eines Universitätsprofessors, der, ohne vorher den Unwillen des Regimes geweckt zu haben, sich durch eine sachliche Beurteilung von Abtrotterleistungen bei den Machthabern mißliebig macht und, von allen Freunden verlassen, in ein Lager abgeholt wird, wo er zugrundegeht. Seine Frau rächt sich durch einen Mord an der Gemeinheit ihrer Mitmenschen. So flüchtig geschrieben das Buch ist, und so spannend es sich liest: es ist kein treffendes Abbild der Zustände in Hitlerdeutschland. Sie waren so furchtbar, daß man sich vor jeder Verzeichnung hüten muß, will man beim Leser nicht ungläubigen Protest hervorrufen. Der Held des Romanes ist selber schon eine reichlich fragwürdige Gestalt, seine Ehe ist ziemlich dubios, seine Freizeit verbringt er zum Teil in unerbaulichen Lokalen, die Prüfung endlich, die ihm das Genick bricht, wird in Gegenwart eines „uniformierten Beamten der politischen Polizei“ vorgenommen (so primitiv waren die Nazis in ihren Methoden leider nicht), das Traurigste aber ist, daß ein diffamierender Zeitungsartikel genügt, daß sich alle seine Freunde in unanständigster Weise gegen ihn stellen. Wäre die Menschlichkeit in Deutschland wirklich in jedem einzelnen Individuum so erstorben gewesen, wie Brentano 1937 verzeilicherweise glaubte, dann wäre damals keine Widerstandsbewegung denkbar gewesen und heute wäre jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft heller Wahnsinn! — Im Aufbau-Verlag, Berlin ist Eduard Claudius Spanlenroman „Grüne Oliven und nackte Berge“ herausgekommen. Ein deutscher illegaler Kommunist hat sich in die Truppen der gegen die spanisch-deutsch-italienischen Faschisten kämpfenden internationalen Armee eingereiht und erlebt an der Seite seiner Kameraden das Inferno des Krieges, das von Claudius in grausiger Real-

Baden-Baden

Polizei — ganz in weiß

Seit gestern sehen wir unsere Badener Verkehrs- polizisten in einer neuen Aufmachung. Nun sind sie beim besten Willen nicht mehr zu übersehen, denn leuchtend weiß ist die Farbe ihrer Mäntel. Die Kraftfahrer sind einer weiteren Ausrede beraubt worden. Die oftmals gebrauchte, wenn sie vom zeichnenden Verkehrspolizisten keine Notiz genommen hatten und anschließend eine gebührende Verwarnung über sich ergehen lassen mußten. Denn Ordnung muß sein, vor allem im ungewöhnlich starken Kraftwagenverkehr der Hauptstadt der französischen Zone. Und wenn jetzt der „weiße Mann“ an der verkehrsreichen Straßenecke „Halt“ befiehlt oder zum Einbiegen in eine andere Straße auffordert, wer könnte ihn denn übersehen. Im Gegenteil, die neue Bekleidung wirkt eher als Blickfang.

Besucht die Ausstellung

Französische Volkskunst

In der Trialkhalle mit Volksmusik und Kino. Eintritt 1 Mark. Geöffnet täglich von 11 bis 20 Uhr bis zum 31. März 1948.

Erweiterung des Telefonverkehrs

Die Militärregierung der französischen Besatzungszone in Deutschland genehmigte am 15. März die Wiederaufnahme des internationalen Telefonverkehrs zwischen der französischen Besatzungszone in Deutschland einerseits und Belgien, Großbritannien, Irland, Holland, Schweden und der Tschechoslowakei andererseits. Die Durchführungsbestimmungen sind dieselben wie im Telefonverkehr mit Frankreich, Luxemburg und der Schweiz. Die bereits für den Telefondienst mit den drei zuletzt genannten Ländern abnommierten Teilnehmer werden für den ab 15. März vorgesehenen Telefonverkehr ebenfalls, und zwar mit der gleichen Lizenznummer, zugelassen.

Verpflügung verschleppter Personen

Das Badische Ministerium der Landwirtschaft und Ernährung weist nochmals darauf hin, daß verschleppte Personen, die privat leben, durch die örtlichen Betreuungsoffiziere besondere Lebensmittelkarten erhalten, die nach schwerarbeitenden, arbeitenden und nicht arbeitenden Personen abgestuft sind. Darum ist es den deutschen Dienststellen untersagt, diesen Personen Lebensmittelkarten, Marken für Krankenernährung, Zulage-, Mütterkarten oder sonstige Bedarfsmarkchen auszugeben. Den Betriebsführern der Unternehmen, in denen solche Personen beschäftigt sind, werden diese vom Ernährungsamt namentlich gemacht, damit sie vom Bezug einer Schwerarbeiterkarte ausgeschlossen werden können.

50 Jahre Musikpädagogik

Am Donnerstag begibt Frau Olga Binswanger-Schnepp, eine gebürtige Baden-Badenerin, ihren 70. Geburtstag und zugleich ihr 50. Jubiläum als Musikpädagogin. Von 1895-98 wurde sie im Raffschon Konservatorium von Professor Schwarz ausgebildet und erhielt im Frühjahr 1898 ihr Diplom mit Auszeichnung. Von 1909 bis 1915 hatte Frl. Schnepp als erste Pianistin eine Musikschule im früheren Palais Hamilton. Noch heute erteilt Frau Binswanger-Schnepp in unverminderter Frische und bewundernswürdiger Tatkraft ihren Unterricht.

Tagesgeschehen — kurz berichtet

Hoch hinaus wollten vor einigen Tagen zwei junge Burschen, die den Versuch machten, den Turm der evangelischen Kirche zu erklimmen. Die Gendarmen hielten sie vor ihrem gefährlichen Vorhaben ab und übergab sie der Polizei.

Preisüberschreitungen für kosmetische Artikel scheinen in den letzten Monaten an der Tagesordnung zu sein, denn jeder Polizeibericht meldet einige Verstöße auf diesem Gebiet. So gelangten auch in den ersten zehn Tagen dieses Monats wiederum 6 Geschäftsinhaber zur Anzeige, die kosmetische Erzeugnisse zu teuer verkauft hätten. Zwei Geschäftsinhaber mußten angezeigt werden, weil sie die Preise auf angebotenen Waren nicht verzeichnet hatten und eine Person gelangte von der Gewerbebehörde wegen Preisüberschreitung beim Handel mit Vieh zur Anzeige.

Tanzveranstaltungen werden nach wie vor von der Polizei kontrolliert, um Jugendliche von der für sie verbotenen Teilnahme abzuhalten. Zwischen dem 1. und 10. März wurden 6 Jugendliche angezeigt, weil sie das Tanzen in einer öffentlichen Veranstaltung schwingen wollten. Eltern mußten eine Anzeige wegen Verletzung ihrer Aufsichtspflicht hinnehmen.

Zur Anzeige gelangten von der Kriminalpolizei aus 4 Personen wegen Diebstahls und 3 Personen wegen Unterschlagung. Außerdem gingen 6 Anzeigen wegen Diebstahls, eine Anzeige wegen Verdachts der fahrlässigen Tötung und 2 Anzeigen wegen Betrugs ein.

Die Kammerspiele wiederholten „Orpheus ist ein allem schuld“ am Dienstag und Mittwoch, jeweils 20 Uhr. Am Freitag, den 19. März, geht erstmalig Gerhart Hauptmanns Diebeskomödie „Der Biberpelz“ in der Inszenierung von Heinz Menzel und den Bühnenbildern von Heinz Küpperle in Szene (Mietgruppe B). — Ria Rose und Elisabeth Disinger wurden als Gäste an die Theater der Stadt Baden-Baden für tragende Rollen in Dodie Smith Lustspiel „Der erste Frühlingstag“ verpflichtet.

„Begegnungen mit Mahatma Gandhi“ ist das Thema des Vortrages des Indologen Universitätsprofessor Dr. Helmut von Glasenapp (Tübingen) am Freitag um 20 Uhr im Roten Saal des Kurhauses.

Ihren 75. Geburtstag feiert am 17. März Frau Josefina Mast, geb. Tressl, Fremersbergstraße 46. — Frau Karoline Maier, Wwe., geb. Kistner, Geroldsau, Schatzgraben 2, wird am Dienstag 75 Jahre alt.

23 Jahre war die Toilettenwärterin Frau Maria Trapp am 13. März bei der Bäder- und Kurverwaltung beschäftigt.

Im Kampf gegen Bakterien und Milchpanscher

Besuch in der Milchwirtschaftlichen Lehr- und Untersuchungsanstalt

Am Anfang der Werderstraße, noch vor dem „Regina“, steht eine graue Villa, die sich von außen kaum von den anderen zerbröckelnden Steinbauten unterscheidet. Hinter dieser unscheinbaren Fassade jedoch verbirgt sich eine wichtige Einrichtung, deren Bedeutung weit über die Grenzen unseres Stadtbezirks hinaus reicht. Es ist die Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Untersuchungsanstalt, die hier seit dem Jahre 1937 ihre verantwortungsvolle Tätigkeit ausübt.

Der jetzige Leiter, Herr Förg, gab uns freundlicherweise Gelegenheit, sein geheimnisvoll anmutendes Laboratorium zu besichtigen. Die vier Räume, auf die das Institut seit der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit Ende 1946 angewiesen ist, sind angefüllt mit Untersuchungsgeräten, Reagenzgläsern, Wärme- und Kühlschränken, Meßgeräten, Säuren und Basen von mancherlei Farbe und anderem mehr. Über die Reichhaltigkeit der Ausstattung verwundert, erklärte uns aber Dr. Förg, daß es trotzdem an vielen Chemikalien und an Geräten fehlt; vor allem macht sich der Mangel an Gläsern hemmend bemerkbar. Erfreulich ist allerdings, daß die technischen und maschinellen Anlagen des Instituts unbeschadet und vollständig über alle Kriegsjahre und -Nachkriegswirren hinweggebracht werden konnten.

Wir erfahren nun, daß die Einrichtung dem Badischen Ministerium der Ernährung und Landwirtschaft untersteht und die Qualitäts-Überwachung und Betreuung der Milchzentralen und Milchsammelstellen in Südbaden, sowie der Kleinverteilern innerhalb der Städtegebiete zur Aufgabe hat. Diese Arbeit erfordert naturgemäß viel Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit. Es muß festgelegt werden, ob die in den Sammelstellen eingehende Milch frei von Schmutz oder (im Sommer) nicht etwa sauer ist. (Stichproben durch Außenbeamte). In den Zentralen muß festgestellt werden, ob die Milch immer richtig erhitzt wird (TBC-Bekämpfung). Die Hauptarbeit

aber gilt der Untersuchung der von den Milchzentralen Südbadens in monatlichem Turnus eingehenden Proben, die einer Yinnenprüfung, einer bakteriologischen und einer chemischen Untersuchung unterzogen werden. Milch, Butter und Käse werden auf Aussehen, Fettgehalt und Keimfreiheit geprüft. Bei der Fettuntersuchung erfahren wir, daß die in den Geschäften zur Verteilung kommende Kindermilch keine Vollmilch mehr ist. Sie ist schon etwas vermischt. Auch bei der Butter wurde der Wassergehalt schon während der Kriegsjahre etwas heraufgesetzt. Ohne direkte Kontrollen ist es für das Institut natürlich schwer, festzustellen, ob die Mischbestimmungen auch in jedem Falle genau eingehalten werden, einige wenige Stichproben bei

Fremdenverkehrs-Pläne

Der Gebietsausschuß Nordschwarzwald des Badischen Fremdenverkehrsverbandes hielt in Bühl eine Tagung ab, in der der Präsident des Fremdenverkehrsverbandes, Louis Joner (Badenweiler) über die Bedeutung des Fremdenverkehrs für den Oberhain und den Schwarzwald sprach. Die jetzige Lage des Fremdenverkehrsverbandes und des Gaststätten- und Hotelgewerbes behandelte Hotelier Alfred Brenner, der darauf hinwies, daß nicht der Berufs-Reiseverkehr, sondern die Wiederbelebung der Kurorte von ausschlaggebender Bedeutung für die Gesamtwirtschaftslage sei. Er zeigte die verschiedenen Schwierigkeiten auf, die jetzt noch der Wiederbelebung des Fremdenverkehrs im Wege stehen, und wies darauf hin, daß man sich nicht allzu große Hoffnungen machen dürfe, aus einem künftigen Auslandsverkehr größere Devisenmengen zu ziehen, da auch früher der Fremdenverkehr nicht allein von Ausländern getragen worden sei. Dr. Wilhelm Boos, der Geschäftsführer des Badischen Fremdenverkehrsvereins, der über die Probleme des Wiederaufbaues im Reisewesen sprach, forderte die An-

Handwerk immer noch mit „goldenem Boden“

Vom Lehrlingswesen im Handwerk

130 Jungen und 130 Mädchen werden im Herbst in Baden-Baden aus der Grundschule entlassen. Sie stehen damit alle vor der Berufswahl. Viele Jungen werden sich sicherlich für einen Beruf des Handwerks entscheiden. Vor allem sie und die Eltern, die begreiflicherweise einen großen Einfluß auf die Berufswahl ihrer Kinder haben, dürften die nachstehenden Zeilen interessieren. Sie sind eine Zusammenfassung der wichtigsten Gedankengänge aus einem Aufsatz des Badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit.

Der Lehrling steht im Handwerk in einem Erziehungsverhältnis, das seiner Ausbildung zu dienen hat. Somit ist der Lehrvertrag in erster Linie ein Erziehungsvertrag. Daran ändert die Tatsache, daß die Erziehung vornehmlich durch Arbeit bewirkt wird, nichts. Eine Erziehung ohne Arbeit wäre auch unmöglich. Die Arbeit, in diesem Falle also die Ausbildung, bleibt im Vordergrund der Bemühungen des Lehrmeisters und der Anstrengungen des Lehrlings. Der jugendliche Mensch, dessen Ausbildung in der Berufsschule ergänzt wird, muß durch Erlernen der notwendigen Handfertigkeiten und durch Unterweisung in der Material- und Fachkunde zu einem vollwertigen Mitarbeiter herangebildet werden. Es ist klar, daß bei dem Durchschnittsalter des

Lehrlings mit Anforderungen begonnen werden muß, die sich im bescheidenen Rahmen halten. Es gilt, durch eine vielleicht einseitig und langweilig wirkende Ausbildung der gewöhnlichsten Handgriffe und -fertigkeiten eine Gewandtheit und Sicherheit in der Verrichtung derjenigen Arbeiten zu erreichen, die immer wiederkehren und später bis zur Meisterschaft beherrscht werden müssen. Für den Lehrling ergeben sich hierbei Zeiträume, die ohne Gefahr für eine gründliche Ausbildung bei durchschnittlicher Begabung nicht willkürlich abgekürzt werden dürfen, jedoch ist das Handwerk gerecht und vernünftig genug, bei älteren und besonders befähigten Lehrlingen die Lehrzeit abzukürzen. Die Lehrzeit soll jedenfalls dazu ausreichen, dem Lehrling die Grundausbildung zu vermitteln und ihn zu befähigen, die schwierigen Arbeiten in einer längeren Gesellenzeit zu erlernen und zum Abschluß seiner eigentlichen Ausbildung in der Meisterprüfung zu gelangen.

Die umfassende Grundausbildung in einem Beruf, in dem die Maschine die Handarbeit nicht verdrängt und auch nicht ganz ersetzt hat, ist der unbestreitbare Vorzug der Handwerkslehre. Im Handwerk ergänzt und unterstützt die Maschine die menschliche Arbeit, gestaltet sie wirtschaftlicher und gibt dem Handwerk vor allem die Möglichkeit, mengenmäßig mit den Anforderungen einer Wirtschaftsentwicklung Schritt zu halten, die weiterhin keine Aussicht auf eine ausschließliche und sorgsame Handarbeit zuläßt. Diese Vereinigung von Hand- und Maschinenarbeit verleiht dem jungen Handwerker die Fähigkeit, nicht nur im Handwerk, sondern in der Industrie und in vielen anderen Arbeitsstellen den Platz einzunehmen, den ihm kein Angehöriger aus der industriellen Facharbeiterschaft oder aus einem anderen Berufsgebiet streitig machen kann. Deshalb stellt er selbst in der Industrie neben den Facharbeitern aus eigenen Betrieben den Stamm der eigentlichen qualifizierten Facharbeiter.

Es ist ein großer Vertrauensbeweis für das Handwerk und die Ausbildung seiner Lehrlinge, wenn gerade heute die Handwerkslehre so bevorzugt wird. Die Jugend hat erkannt, daß der qualifizierte Facharbeiter gesellschaftlich einen wertvollen Bestandteil eines Volkes bildet.

den Sammelstellen haben ergeben, daß des öfteren Milch gepanscht wird. Die Polizei ahndet selbstverständlich solche Vergehen mit schweren Bestrafungen.

Bis Kriegsende erstreckte sich das Arbeitsgebiet des Instituts auch über Nordbaden und die Pfalz. Außerdem war früher noch eine Ausbildungsstätte für Milchprüfer und Molkeerischweraufzüge angegliedert, die ihre Tätigkeit wieder aufnimmt, sobald die Frage der räumlichen Unterbringung geklärt ist. Das Unterrichts- und Anschauungsmaterial für die Kurse ist noch in altem Umfange erhalten.

Wir glauben, daß es erforderlich wäre, diese Einrichtung noch mehr als bisher zu unterstützen. Schon bei einem geringen Mehraufwand an Mitteln könnten die Prüfungen und Kontrollen wieder wie früher ordnungsgemäß und regelmäßig bis hinunter zu den Sammelstellen überraschend durchgeführt werden.

wesenden auf, schon jetzt wieder Gastlichkeit zu üben, eine Vorbedingung jeden Fremdenverkehrs. In der Aussprache erfuhr man von Landrat Dr. Brüniger (Bühl), daß Betreibungen im Gange sind, einen Teil der Schwarzwaldhotels in TB-Heilstätten umzuwandeln.

Nachbarrote melden

In Kuppenheim sprang eine vor einen Wagen gespannte Kuh mit allen vier Füßen in einen Brunnen. Das Tier konnte nur mit großer Mühe aus dem nassen Element befreit werden. — In Lahr wurden bei einer Großdruckerei etwa 225 Tonnen Papier gefunden. Dieser nicht angemeldete Papierbestand überschreitet die vierteljährliche Zuteilung, die an Druck- und Schreibpapier für den zivilen Sektor in Südbaden ausgegeben wird, sehr erheblich. — Landrat Uhrig kehrte auf seinen Posten in Lahr zurück. — Am Sonntag wurde der Ortsbauernverband für den Kreis Offenburg wieder gegründet. — Eine Frau, die sich als Frau Dr. Elisabeth Dittler ausgegeben und in Rammersweier (bei Offenburg) bei einer Witwe um Unterkunft gebeten hatte, verschwand nach dreiwöchigem Aufenthalt unter Mithahme von Kleidungsstücken, Schmuck und Bargeld, als ihre Gastgeberin auswärts weilte. Die Frau, die ihren 6jährigen Jungen Michael bei sich hatte, kam wahrscheinlich aus der Pfalz. — Die Karlsruhe'ner Straßenbahnen beförderten im Januar 1948 1898 Fahrgäste. Im Februar stieg die Zahl der Fahrgäste auf 899 537. Angehörige der Besatzungsmacht sind in diesen Ziffern nicht enthalten.

Die Justizpressestelle teilt auf die in verschiedenen Tageszeitungen erschienenen Artikel unter dem Titel „Wie kommen wir über den Winter“ mit, daß bei der Staatsanwaltschaft Freiburg ein Untersuchungsverfahren wegen der Nichtanmeldung von Fieren und der aufgefundenen Vorräte im Gange ist. Gerichte, daß das Verfahren niedergeschlagen worden sei, entbehren jeder Grundlage.

Bekanntmachung

Das Amerikanische Konsulat Stuttgart fordert alle diejenigen, deren Name in der folgenden Liste aufgeführt ist, auf, sich unverzüglich mit dem Konsulat in Verbindung zu setzen. Diese Liste umfaßt Personen, die früher in deutschen diplomatischen und konsularischen Dienststellen angehört und deren persönliches Eigentum jetzt unter Verwaltung des Staatsdepartements steht. Auf Verlangen wird das Konsulat Auskunft über das nun eingeführte Verfahren geben, das die Freigabe solchen Vermögens aus der Verwaltung erwirkt. Bahnemann, Ilse; Baur, Paul Sebastian; Buyna, Bruno (Herr und Frau); Denzer, Otto (Dr.); Diel, Herbert; Dieter, Philipp August (Herr und Frau); Draeger, Friedrich (Dr.); Eickhoff, Werner (Herr und Frau); Engel-Enden, Wilhelm; Eysel, Maria; Friedrich, Wilhelm; Firschow, Paul; Haegen, Wilhelm; Heberling, Fritz (Herr oder Frau); Heerling, Helmut (Herr oder Frau); Henschke, Bernard E.; Hirschfeld, Hans Richard; Hofmann, Kilian (Herr und Frau); Kapp, Karl; Kellermeier, Fritz E.; Kempin, Margarete (Greta); Keppeler, Reinhold; Kleindienst, Alfons; Kuhlmann, Heinrich (Herr oder Frau); Loeper, Hermann; Michel, Johannes (Herr und Frau); Moerschner, Ingeborg; Mueller, Gustave Albert (Dr.); Polstorff, Karl; Raehmel, Gotthard; Rauber, Helmut (Frau); Schäfer, Friedrich Wilhelm; Schafhauser, Heinrich; Schellenberg, Walter Heinrich; Schlich, Ludwig; Schmidt, Peter H.; Schmitz, Matthias (Dr.); Sieverich, Hans (Frau); Stuemcke, Annemarie; Thurau, Maria; Tromp, Carl; von Alpen, Fritz; von Knoop, Theodore; Wagner, Fritz (Herr und Frau); Wiedemann, Fritz (Hauptmann); Zegin, Fritz.

Erfassung der Südtiroler

Die Militärregierung für die französische Besatzungszone in Deutschland gibt bekannt, daß aufgrund eines italienisch-österreichischen Abkommens jene Südtiroler, die durch das deutsch-italienische Abkommen vom 23. Juni 1939 zur Umsiedlung gezwungen wurden, unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit haben werden, in ihre Heimat zurückzukehren. Es wurde daher die Erfassung aller zu diesem Personenkreis gehörenden Flüchtlinge angeordnet, die sich zur Zeit in der französischen Besatzungszone in Deutschland befinden. Die Erfassung beginnt am 29. März und wird unbedingt am 5. April ds. Jz. abgeschlossen. Die in Frage kommenden Personen werden aufgefordert, sich unverzüglich beim Bürgermeisteramt ihres Wohnortes zu melden, wo ihnen alle nötigen Auskünfte erteilt werden.

Weitervorhersage

Bis Wochenmitte überwiegen heiter, gegen Wochenmitte zeitweilig Durchzug hoher Wolkenfelder; die Anfränge sehr großen Temperaturunterschiede zwischen der Nacht mit Tieftemperaturen um 6 Grad und dem Tag mit Höchsttemperaturen über 15 Grad werden sich um die Wochenmitte etwas verringern.

Zwischen den Gassen tanzendes Licht

Das aus der Nacht durch Nebel bricht
Frostnasser Hauch entflieht im Wind
Schneelaut silbern von Ziegeln rinnt.

Erdrume dampft in knospender Fülle
Zauberfarbene Glückssymphonie
Zartgrün durchfeuchtet löst sich die Hülle
Dank der Natur versprüht Melodie.

Helmut Jörger

Sündenfälle

Aus einem Hoffenster meines Hauses lehnen zwei junge Leute, ein junger Mann und ein junges Fräulein. Sie erzählen sich Witze und lachen und stoßen ich in die Seiten. Dann beschäftigen sie sich eine Weile damit, daß sie gleichzeitig in den Hof hin- und herspucken und nachsehen, wessen Spucke zuerst unten ankommt.

Aus alledem erkennt man, daß die zwei jungen Leute sich lieben. Denn die Liebe des Menschenschlechts ist töricht. Das hat sich schon bei der ersten Liebeszene der Welt gezeigt, bei Adam und Eva, die sich mit ihrem Apfel so albern wie nur möglich aufgeföhrt haben.

Unten im Hof sitzen zwei Katzen sich einander gegenüber. Das eine ist der Kater des Portiers, das andere die Katze des Bäckermeisters von nebenan, und das ganze Haus weiß, daß die beiden ein Verhältnis miteinander haben.

Aber wie anständig benehmen diese Tiere sich dabei. Ihre Liebe besteht darin, daß sie seit zwei Stunden sich gegenüber sitzen und sich unverwandt in die Augen sehen.

Nun erscheint auf dem Hof ein Lelermann. Er

stellt seinen Kasten auf, beginnt zu drehen und spielt die Arie aus dem Troubadour: „Schon naht die Todesstunde.“

Kaum haben die beiden jungen Leute da oben die ersten Klänge dieser Arie gehört, so erheben sie sich, schließen das Fenster und ziehen die Vorhänge zu.

Auch die weibliche Katze scheint durch die Musik erregt worden zu sein. Sie steht auf, streckt sich und geht langsam zu dem Kater hin; aber er haut ihr mit der Pfote eine herunter, worauf die Katze ruhig auf ihren Platz zurückkehrt.

Schade, daß Adam kein Kater gewesen ist. Schade, daß Adam der Eva nicht auch eine herunter gehauen hat. Wir sähen heute noch im Paradies, und alles wäre anders geworden. Victor Auburtin

Was Ihr wollt!

„Nun stell dir doch vor“, sagte „Er“ amüsiert zu seiner Frau, „da komme ich doch eben in unser kleines Zimmer, wo zur Zeit keine Scheibengardinen an den Fenstern sind.“

„Wieso keine Scheibengardinen?“ fragte sie.

„Naja, es sind doch zur Zeit keine dran. Also da komme ich.“

„Wieso sollen denn da keine Scheibengardinen dran sein?“

„Aber das ist doch völlig unwichtig. Also...“

„Nein, das ist nicht unwichtig.“

„Natürlich ist es unwichtig für das, was ich dir erzählen will!“

„Aber ich verstehe gar nicht...“

„Ist ja auch gar nicht nötig. Da komme ich also...“

„Aber wer soll denn die Scheibengardinen...“

„Das weiß ich nicht. Jedenfalls waren sie nicht dran.“

„Ich bin aber vor kaum einer Stunde drin gewesen, und da waren sie noch dran.“

„Naja, und inzwischen ist eben eine Stunde vergangen.“

„Aber ich kann mir gar nicht denken...“

„Denken brauchst du auch gar nicht. Es ist nun einmal ein Tatsache.“

„Aber ich verstehe nicht...“

„Ist auch nicht nötig. Hauptsache, du verstehst, was ich dir erzählen will. Ich komme also...“

„Eben jetzt im Augenblick?“

„Naja, vor kaum zwei Minuten.“

„Aber es ist doch in dieser Stunde niemand in dem Zimmer gewesen.“

„Ist auch unwichtig.“

„Nein, das ist durchaus nicht unwichtig. An dieses Fenster gehören nun einmal Scheibengardinen, und es würde in meinem Haushalt eine unverantwortliche Lotterwirtschaft herrschen, wenn keine dran wären.“

„Es sind aber wirklich keine dran.“

„Aber ich habe doch erst Sonnabend welche...“

„Naja, und heute ist Donnerstag. Vielleicht hat Maria...“

„Maria kommt nie in unser kleines Zimmer!“

„Naja, spielt ja keine Rolle. Ich komme also in unser kleines Zimmer.“

„Wann war es denn?“

„Ich sage ja: Eben jetzt. Ich komme also...“

„Aber ich kann mir einfach nicht vorstellen...“

In diesem Moment hatte der Mann das Zimmer verlassen.

Die Frau lief ihm nach.

„Ich verstehe nicht, warum bist du immer gleich

so jähzornig. Erst willst du mir etwas erzählen und nun läufst du weg. Was wolltest du mir erzählen?“

Der atmete gepreßt.

Und während er ihr mit mühsamer Geste übers Haar strich, sagte er:

„Ich wollte dir erzählen, daß in deinem Haushalt eine unverantwortliche Lotterwirtschaft herrscht.“

Das Schwein

Das Schwein ist schon sehr alt. Es wirt als Haustier benutzt. Unt zu Essen. Onkel Otto sagt früher konnte Mann Schweinsbraten im Laden kaufen. abber Er Macht ja oft schpahs. Es giept Schwarze und Weiße Schweine. Onkel Otto sagt jetzt giept Es nur noch Schwarze, die Weissen sind ausgestorben aber nur bei Uns. Sie haben forne einen rüssel damit Sie im dräck wülen Können. Unt borsten. Manche Schweine kriegen auch junge unt dass sint färcel. Meine muter sagt oft Ich sei ein färcel, nämlich wenn ich mich Schmutzig mache. Dem nachbahr sein Schwein hat oft junge aber Sie sint Gans sauber Unt dann giept Es noch die Schpahnfärcel unt die gefallen mir am Besten weil Mann Sie ässen kan unt Sie schmicken ser Gut. Aber vater schimft weil Sie so tüer sint, eine sau wehre ihm Liber. Was eine sau is wet Ich nich sie soll ser Fett sein. Manche läute haben Eine aber die Meiste nie unt dahrum giept es nur die Kleinen Schweine die wo kein fett haben unt so teuer sint. Das Schwein isst auch etw seugetr unt Mann sieht es am rüssel. Ich habe vater gefrahgt warum Es keine Grosen Schweine giept unt er sagt weil es is Viei oxen giept. Dem nachbahr sein Schwein kriecht nur Schpah färcell.

Malchen Mülleken aus Karnickeldorf 4. Klasse

